



Ausschreibung

der Forschungsbegleitung zu dem Projekt

„Integrations- und Entwicklungspotenziale in strukturschwachen ländlichen Regionen“

1. Inhalt und Aufgabenstellung

Das Projekt ist ein Kooperationsvorhaben zwischen der Schader-Stiftung, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und dem Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Das auf drei Jahre angelegte Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds, der Projektförderung des BAMF und des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa und aus eigenen Mitteln der Schader-Stiftung finanziert. Die Koordination und Projektsteuerung liegen bei der Schader-Stiftung.

Das Forschungs-Praxis-Projekt knüpft an das von der Schader-Stiftung durchgeführte Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ an und will das erarbeitete Erfahrungswissen für die spezifische Situation von Kommunen in schrumpfenden ländlichen Regionen vertiefen und die aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen abgeleiteten Handlungsempfehlungen für deren Belange konkretisieren. Ziel ist ein *Wissenstransfer* zur Implementierung qualifizierter integrationspolitischer Handlungsansätze.

Das Projekt will die Kommunen für den Umgang mit Zuwanderung und kultureller Vielfalt befähigen bzw. vorhandene integrationspolitische Ansätze weiterentwickeln. In ausgewählten Kommunen und Landkreisen sollen deshalb beispielhaft Prozesse der interkulturellen Öffnung angestoßen, Modelle entwickelt und auf ihre Umsetzbarkeit und Übertragbarkeit geprüft werden. Es geht dabei insbesondere um die strukturelle Verbesserung der Integration von Migranten und Migrantinnen im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich.

1.1 Problemdarstellung und Untersuchungsgegenstand

Befördert durch die nationale Debatte zum Thema Integration und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels findet eine zunehmende Beschäftigung mit dem Thema Integration in fast allen Kommunen des ländlichen Raums statt. Auch dort, wo der Anteil der Migranten vergleichsweise niedrig ist, aber die Folgen von Bevölkerungsrückgang und demografischem Wandel bereits spürbar sind, ist eine Veränderung im Umgang mit Zuwanderung und Integration zu verzeichnen. Während die Kommunen in der Vergangenheit aus Sorge um ihre finanzielle Situation noch weitgehend für einen Zuwanderungsstopp warben, sind es nun vor allem die ländlichen Kommunen, die eine Lockerung des Zuwanderungsrechts und die Anerkennung im Ausland erworbener, akademischer Abschlüsse fordern. *Der Handlungsdruck hat in den Kommunen einen Perspektivwechsel in der Integrationspolitik von der Defizit- zur Ressourcenorientierung eingeleitet.*

Untersuchungsgegenstand sind Kommunen in strukturschwachen ländlich geprägten Regionen. Ihnen ist gemeinsam, dass sie vor dem Hintergrund des strukturellen und demografischen Wandels Zuwanderung als mögliches Entwicklungspotenzial für die Region sehen und ihr politisches Handeln auf eine verbesserte Integration von Zuwanderern ausrichten wollen.



Das Projekt will deshalb die Strukturen für Integration in den Klein- und Mittelstädten der ländlich geprägten Räume beleuchten und betrachtet sowohl die Zuwanderer insbesondere aus Drittstaaten als auch die Aufnahmegesellschaft. Der Fokus ist auf die Aufnahmegesellschaft und ihre öffentlichen Institutionen gerichtet. Kern ist hierbei die interkulturelle Öffnung der Regeldienste und eine entsprechende Anpassung der Angebote und Maßnahmen mit dem Ziel struktureller Verbesserungen der Integrationsaufgaben in den ländlich geprägten Räumen, die von Schrumpfungsprozessen betroffen sind, von denen Zuwanderer und ihre Belange mittelbar profitieren.

Voraussetzung für die Teilnahme ist eine negative Bevölkerungsentwicklung, ein bereits erkennbarer oder prognostizierter Fachkräftemangel und Nachwuchsprobleme sowie die Bereitschaft, sich auf einen Prozess zur Verbesserung der kommunalen Integrationspolitik und eine interkulturell orientierte Organisationsentwicklung in den kommunalen Institutionen einzulassen. Für die Auswahl kommen in Ostdeutschland nahezu alle ländlichen Räume in Frage, in Westdeutschland konzentrieren sich Schrumpfungsprozesse bisher auf wenige Regionen. Betroffen von Abwanderung und Strukturwandel sind z.B. der nord- und osthessische Raum, die südöstlich von Hannover gelegene Region in Niedersachsen insbesondere die Harzregion, Teile Ostwestfalens (z.B. Hochsauerlandkreis) und Nord- und Ostbayern insbesondere die Region im tschechischen Grenzraum.

Zielgruppen

Ein bundesweiter Teilnehmerkreis von insgesamt sieben Städten mit ihren Landkreisen soll über ein Interessenbekundungsverfahren zur Teilnahme ausgewählt werden. Die Kommunen sollen exemplarisch die Integrationsbedingungen in strukturschwachen ländlichen Räumen widerspiegeln.

Um Städte und Landkreise mit den entsprechenden Merkmalen lokalisieren zu können, bedarf es einer Voruntersuchung und Recherche. Die Recherche erfolgt durch die Schader-Stiftung. Es ist beabsichtigt, Kommunen und Landkreise, die am Vorgängerprojekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ beteiligt waren und die o.a. Voraussetzungen erfüllen, für eine Teilnahme an diesem Nachfolgeprojekt anzufragen. Dies betrifft z.B. den Landkreis Coburg mit der Stadt Neustadt bei Coburg und der Gemeinde Ebersdorf in Bayern und den Vogtlandkreis mit der Stadt Plauen in Sachsen. Wobei jeweils nur eine Stadt bzw. Gemeinde pro Landkreis berücksichtigt werden soll. Bei den genannten Kommunen kann direkt an die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Vorgängerprojekt angeknüpft werden, was den Projektverlauf und die Implementierung strategischer Ansätze interkultureller Orientierung erleichtert und gleichzeitig die Evaluation der Ergebnisse aus dem Vorgängerprojekt in den Kommunen ermöglicht. Durch den angestrebten Mix kann wichtiges Erfahrungswissen an die neu hinzukommenden Kommunen weitergegeben werden, was auch ihnen ermöglicht, die Erkenntnisse für die Ausgestaltung ihrer integrationspolitischen Handlungsansätze und die interkulturelle Öffnung der Institutionen im direkten Austausch nutzbar zu machen und weiter zu entwickeln.

a) Kommunalverwaltungen und kommunale Dienste

Zielgruppen sind demnach die Kommunen selbst mit ihren Institutionen, die für die Integration und Teilhabechancen der Zuwanderer von Bedeutung sind. Dazu zählen die kommunalen Verwaltungen, die kommunalen Dienste mit den sozialen und kulturellen Einrichtungen und nicht zuletzt die Politik.



b) Zuwanderergruppen

Andererseits richtet sich der Blick auf die verschiedenen Zuwanderergruppen insbesondere von Drittstaatenangehörigen, die in den ländlichen Kommunen sowohl von der Gruppenstärke als auch nach ihrer Nationalität unterschiedlich stark vertreten sind. Nach Auswertungen des Ausländerzentralregisters stellen in den westdeutschen Kommunen zumeist die Zuwanderer türkischer Herkunft die größte Gruppe ausländischer Bevölkerung, während in ostdeutschen Kommunen die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter meist die größte Nationalitätengruppe bilden. Beide Gruppen unterscheiden sich nach bisherigen Erkenntnissen deutlich in Bezug auf ihre Bildungserfolge. So gelten die Vietnamesen als sehr bildungsnah, die Kinder erreichen gute bis sehr gute Bildungsabschlüsse. Viele der türkischen Zuwanderer gelten demgegenüber als gering qualifiziert und bildungsfern, niedrige Schulabschlüsse und schlechte Ausbildungsperspektiven dominieren, was den Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich erschwert.

Trotz unterschiedlicher Bildungserfolge sind die Chancen auf Teilhabe am Arbeitsmarkt bei fast allen Migrantengruppen im Vergleich zur einheimischen deutschen Bevölkerung geringer. So ist die Arbeitslosenquote von Ausländern seit Jahren konstant doppelt so hoch wie auf die Gesamtbevölkerung bezogen. Für die Hochqualifizierten ist häufig die Nichtanerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse ein Hindernis für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Bildung allein ist demnach nicht der Schlüssel für Integration.

Das Projekt will in den zu untersuchenden Kommunen differenziert nach Herkunftsland die Teilhabechancen der Zuwanderer vornehmlich in den Bereichen Bildung/Ausbildung und Beschäftigung ermitteln, die Ursachen analysieren und Verbesserungsmöglichkeiten eruieren.

c) Zivilgesellschaftliche Akteure

Darüber hinaus ist es von Bedeutung, die Bildungseinrichtungen und Arbeitsmarktakteure, also Unternehmen, Kammern, Verbände und Jobcenter, sowie die Organisationen im Bereich der Wohlfahrtspflege und die Vereine zu betrachten, da die Öffnung dieser Institutionen maßgeblichen Einfluss auf die Integration der Zuwanderer und ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen hat. Es geht um eine neue Anerkennungskultur, die Einbindung der Zuwanderer in soziale Netze und die Qualität der kommunalen Vernetzungsstrukturen.

1.2 Zielsetzung und Fragestellungen

Die Herausforderung, Zuwanderung als Entwicklungspotenzial zu begreifen, erfordert zum einen, die Aufnahmegesellschaft für kulturelle Diversität zu sensibilisieren, und zum anderen, kommunale Integrationsarbeit als querschnittsorientiertes Politikfeld zu verankern und interkulturelle Öffnungsprozesse in den kommunalen Institutionen einzuleiten. Hierfür bedarf es einer politischen Willensbekundung, Integration als kommunale Zukunftsaufgabe zu werten und anzuerkennen.

Voraussetzung für die kommunalpolitische Willensbildung ist die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Integration. Entscheidend hierbei sind die Anerkennung der zunehmenden kulturellen Diversität der Stadtgesellschaft und die interkulturelle Öffnung von Institutionen, um Zugangsbarrieren zu öffentlichen Dienstleistungen zu senken und Chancengleichheit zu schaffen. Dafür müssen die Kommunen interkulturelle Kompetenz erwerben. Mit dem Ziel von Chancengleichheit und Teilhabe ist von einer „kulturfreien“ Bestimmung der interkulturellen Öffnung im Sinne einer „sozialen Öffnung“ zu sprechen, d.h. nicht die Beto-



nung kultureller Unterschiede zu forcieren. Es gilt, den Kern der Institutionen auf allen Ebenen (Leitbild, Kommunikation, Umgang, Mitarbeiterstruktur, Ressourcenverteilung etc.) zu betrachten und im Hinblick auf einen potenzialorientierten Umgang mit Vielfalt zu untersuchen. Interkulturelle Öffnung betrifft somit nicht nur die individuelle, sondern vor allem die systemische Ebene, also die Organisationsentwicklung.

Das Projekt bearbeitet grundsätzliche Fragestellungen der Integration in den Klein- und Mittelstädten strukturschwacher ländlicher Räume. Gemäß seiner Zielsetzung will das Projekt vor dem Hintergrund der Entwicklungstendenzen in den von Schrumpfung und demografischem Wandel betroffenen ländlichen Regionen die Angebots- und Steuerungsstruktur kommunaler Integrationspolitik untersuchen, die Chancen für die Generierung neuer Zuwanderergruppen ausloten (Potenzialanalyse) und die Kommunen fit machen für einen potenzialorientierten Umgang mit Zuwanderern und kultureller Vielfalt. Das Projekt will ergründen, wie die Themen Migration und Integration in den Kommunen verankert sind und will gleichzeitig die Kommunen in einem begleitenden Coachingverfahren beraten und unterstützen und für interkulturelle Ansätze der Organisationsentwicklung qualifizieren.

Darüber hinaus sollen sowohl die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft und ihr Umgang mit kultureller Diversität als auch die Teilhabechancen und Lebensperspektiven der in den Kommunen lebenden Zuwanderer untersucht werden. Hierzu zählen die Einbindung in den Arbeitsmarkt, die Bildungs- und Berufsperspektiven, ihre Wohnsituation und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben der Kleinstadtgesellschaft. Ziel ist auch die Öffnung der zivilgesellschaftlichen Institutionen, wie Vereine, Verbände, Betriebe und Unternehmen, um eine bessere Integration der Zuwanderer in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Hierzu zählen auch der Grad der Vernetzung und die Qualität der Kooperation der für die Integration wichtigen Einzelakteure und Institutionen.

Folgende Fragestellungen sollen im Einzelnen untersucht werden:

1. Kommunale Situation und Entwicklungstendenzen

- Welche Ausprägungen haben die gesellschaftlichen Veränderungen in den Kommunen? Welche Entwicklungsperspektiven sind erkennbar? Wie gehen die Kommunen mit den Herausforderungen um?
- Welche Form der Zuwanderung findet in den Kommunen statt? Wie sehen die Entwicklungstendenzen aus (Zu- oder Abnahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund)? Wie schätzen die Zuwanderer selbst ihre Bleibeperspektiven ein und welche Bedingungen müssten dafür gegeben sein?
- In welchem Maße beteiligen sich Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben? In welchem Umfang sind sie in kommunalpolitischen Gremien vertreten? In welchem Umfang beteiligen sie sich in kommunalen Vereinen und Initiativen (z.B. Sportvereine, Kulturvereine etc.)?
- Welche Vernetzungsformen und Kooperationsstrukturen sind in den Kommunen vorhanden? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit, auch mit den Migranten und Migrantenorganisationen?

2. Interkulturelle Öffnung und Verbesserung der Angebotsstruktur

- Wie können die kommunalen Integrationsangebote so vernetzt und qualifiziert werden, dass eine Integration der Zuwanderer in die zentralen gesellschaftlichen Bereiche wie Bildung, Beschäftigung, Wohnen, Gesundheit und politische Teilhabe gelingt?
- Wie kann eine interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der kommunalen Institutionen erreicht werden? Wie kann ein neues Verständnis kommunaler Dienste etabliert



werden? Was kann eine externe Beratung leisten und welche Mittel bzw. Verfahren eignen sich dafür?

- Welche Maßnahmen sind geeignet, die Akzeptanz von Zuwanderern bei der Aufnahmegesellschaft zu erhöhen und das Zusammenleben zu verbessern? Wo liegen die dafür notwendigen Ressourcen? Wer sind die wichtigsten Multiplikatoren? An welche Traditionen könnten Öffnungsprozesse anknüpfen?
- Wie können wirtschaftliche Akteure und die Zivilgesellschaft in die kommunalen Öffnungsprozesse integriert werden?

3. Rahmenbedingungen

- Welche Rahmenbedingungen benötigen die Kommunen zur Verbesserung ihrer Integrationspolitik? Wie sollten Unterstützungsstrukturen aussehen?
- Welche Anforderungen stellen sich an Bund und Länder? Was leistet der Nationale Aktionsplan? Was leisten bestehende Bundes- und Landesprogramme?

Das Projekt will im Ergebnis Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure gewinnen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der strategischen Ansätze kommunaler Integrationspolitik erarbeiten. Auf Basis der Erkenntnisse aus dem begleitenden Coachingverfahren sollen zudem Vorschläge für ein Weiterbildungs- und Fortbildungsprogramm für Kommunen entwickelt werden, das u.a. dem BAMF und seinen Regionalkoordinatoren zur Verfügung steht, und Fortbildungsanbietern für die Entwicklung von spezifischen Seminar- und Trainingskonzepten zur Nutzung angeboten werden könnte.

1.3 Projektaufbau

Das Projekt ist als vergleichende Untersuchung angelegt und verfolgt einen diskursiven und aktivierenden Ansatz. Es gliedert sich in mehrere Projektbausteine.

Projektbeirat

Ein Projektbeirat soll das Gesamtprojekt begleiten. In einer Vorphase sollen die Zielsetzungen und Fragestellungen nochmals gemeinsam diskutiert und präzisiert werden. Der Beirat erarbeitet in gemeinsamen Sitzungen unter teilweiser Einbeziehung externer Experten Anforderungen zur Entwicklung von Standards interkultureller Öffnung kommunaler Institutionen. In gemeinsamen Seminaren mit den teilnehmenden Städten und Landkreisen sowie den Projektpartnern und dem beauftragten Forschungsinstitut werden Konzepte und Maßnahmen auf ihre Praxistauglichkeit hin erörtert und die eingeleiteten Schritte in den Kommunen reflektiert und weiterentwickelt. Die Zusammensetzung des Beirats soll so ausgestaltet sein, dass Impulse und eine Multiplikatorenwirkung durch die ausgewählten Mitglieder erwartet werden können. Bei der Auswahl wird die Verschränkung zu anderen wichtigen und impulsgebenden Landes- und Bundesprogrammen beachtet.

Als Mitglieder des Beirats sind Vertreter der beteiligten Projektpartner, Vertreter verschiedener Bundesministerien (u.a. Arbeit, Stadtentwicklung, Landwirtschaft), Vertreter der Bundesintegrationsbeauftragten, drei wissenschaftliche Experten aus unterschiedlichen Disziplinen (Gesellschaftswissenschaft, Stadt- oder Raumentwicklung, Unternehmenskommunikation/Organisationsentwicklung) sowie zwei Vertreter/innen von Migrantenorganisationen vorgesehen.



Netzwerk ausgewählter Klein- und Mittelstädte und Landkreise

Es sollen vier Städte mit ihren Landkreisen aus westdeutschen Schrumpfungsräumen und drei Städte mit ihren Landkreisen aus ostdeutschen Schrumpfungsräumen in das Projekt einbezogen werden. Der Teilnehmerkreis wird durch den Deutschen Landkreistag und den Deutschen Städte- und Gemeindebund über ein Interessebekundungsverfahren zur Teilnahme angefragt.

Voraussetzungen für die Teilnahme sind:

- Eine negative Bevölkerungsentwicklung, ein bereits erkennbarer oder prognostizierter Fachkräftemangel und Nachwuchsprobleme.
- Eine Einwohnerzahl zwischen 10.000 und etwa 50.000. Da erst ab einer gewissen Größe relevante kommunalpolitische Strukturen ausgebildet sind, sollten die Gemeinden nicht weniger als 10.000 Einwohner haben.
- Vorhandensein integrationspolitischer Ansätze und Strukturen, auf die das Projekt aufbauen kann.
- Bereitschaft der Städte und Landkreise sich über den gesamten Zeitraum an der Umsetzung des Projektes zu beteiligen.
- Die Städte müssen sich bereit erklären, sich auf einen Prozess zur Verbesserung der kommunalen Integrationspolitik und eine interkulturell orientierte Organisationsentwicklung in den kommunalen Institutionen einzulassen.

In einem Zeitraum von eineinhalb Jahren leiten die ausgewählten Städte einen Prozess der interkulturellen Öffnung in ihren Verwaltungsorganisationen und den kommunalen Diensten ein und reflektieren gemeinsam mit den Landkreisen die Aufgabenzuordnung im Bereich Integration mit dem Ziel einer Optimierung. Gleichzeitig organisieren die Städte einen öffentlichen politischen Diskurs zum Thema Integration und demografischer Wandel und den Anforderungen an aktivierende interkulturell ausgerichtete öffentliche Institutionen. Auf Basis ihrer Erfahrungen und der Erkenntnisse der begleitenden Evaluation entwickeln sie in gemeinsamen Netzwerkseminaren mit dem Projektbeirat Empfehlungen für handhabbare Standards für den Prozess der interkulturellen Öffnung in von Schrumpfung betroffenen Kommunen.

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation

Aufgaben der wissenschaftlichen Begleitung sind:

- Untersuchung der Entwicklungstendenzen der Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen und strukturellen Wandels sowie der Verankerung kommunaler integrationspolitischer Handlungsansätze,
- Begleitung der Kommunen bei der Initiierung eines stadtweiten Dialogs über Zuwanderung und Integration und der Etablierung einer neuen Anerkennungskultur,
- Initiierung von Prozessen der interkulturellen Öffnung in den kommunalen Institutionen über ein zu entwickelndes begleitendes Coachingverfahren und Qualifizierung der Kommunen für interkulturelle Ansätze der Organisationsentwicklung.

2. Anforderungen an das Angebot

2.1 Leistungsbausteine des Auftrags

1. Vorbereitungsphase (Mai 2012)

Auswertung vorhandener wissenschaftlicher Untersuchungen und Forschungsberichte zu den Entwicklungstendenzen schrumpfender Regionen (Bevölkerung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt,



Infrastruktur) und den Anforderungen an die kommunale Integrationsarbeit und systematische Aufbereitung des wissenschaftlichen Diskurses zur interkulturellen Öffnung. Darüber hinaus sollen Erfahrungen aus vergleichbaren Projekten (z.B. Diverse City) in die Projektarbeit einfließen und bei der Konzipierung der Praxisphase berücksichtigt werden.

II. Erhebungsphase (Juni 2012 bis Dezember 2012)

Mithilfe qualitativer Forschungsmethoden werden kommunale Integrationspolitiken in den jeweiligen Teilnehmerstädten vor Ort erhoben und ausgewertet. Dies geschieht durch:

- Auswertung vorhandener Untersuchungen, politischer Leitlinien sowie Entwicklungs- und Handlungskonzepte.
- Analyse der kommunalen Integrationsangebote und der Verankerung des Integrationsthemas in den kommunalen Verwaltungsstrukturen sowie den öffentlichen und sozialen Institutionen mithilfe von Experteninterviews (Einzel- oder Gruppengespräche) in den ausgewählten Landkreisen und Gemeinden (Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung, Landkreisverwaltung, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Integrationskursanbieter, Migrationsberatungsstellen).
- Befragung ausgewählter Zuwanderer (Intensivinterviews) unterschiedlicher Herkunftsmilieus zu Wanderungsgründen, Erwartungen an die Aufnahmegesellschaft, konkrete Integrationserfahrungen in den Kommunen, mögliche regionale Ansiedlungsoptionen sowie persönliche, berufliche und familiäre Perspektiven.
- Analyse der Vernetzungsstrukturen und des Grades der Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft für das Thema Integration durch Experteninterviews (Vertreter von örtlichen Betrieben, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Jobcenter, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Kirchen).
- Befragung von Vertretern der Migrantenorganisationen (wo vorhanden) zur Einschätzung der Situation der Zuwanderer in den Kommunen, zur Zusammenarbeit mit den kommunalen Institutionen und ihre gesellschaftliche und politische Einbindung.

Nach Abschluss der Untersuchungen legt die Forschungsgruppe einen ersten Bericht mit den Ergebnissen vor. Der Bericht umfasst eine Potenzialanalyse, eine wissenschaftlich fundierte Einschätzung der Entwicklungskorridore der Kommunen, Möglichkeiten der strukturellen Einbettung von Integrationsaufgaben, den Veränderungs- und Anpassungsbedarf in den kommunalen Institutionen und eine Stärken-Schwächen-Analyse vorhandener Unterstützungsstrukturen. Die Ergebnisse werden mit den Städten und Landkreisen rückgekoppelt und zusammen mit den Mitgliedern des Beirats im Rahmen eines gemeinsamen Netzwerkseminars erörtert.

III. Beratung und Coaching (Februar bis Juni 2013, Sept. bis Dezember 2013)

Auf Basis der Erhebungen und Analyse soll ein begleitendes Seminar- und Fortbildungsprogramm für eine interkulturell orientierte Organisationsentwicklung entwickelt und ein Coachingverfahren angeboten werden. Wie das Coachingverfahren konkret ablaufen wird, ist abhängig von der Konzeption des Anbieters und den Vereinbarungen mit der jeweiligen Kommune. Gängige Instrumente sind eine Organisationsanalyse, eine Leitbilddebatte und Zielvereinbarungen. So reflektieren z. B. in gemeinsamen Seminaren und Workshops Leitungsebene und Mitarbeiter das Selbstverständnis ihrer Arbeit und die Zuständigkeiten in Bezug auf die Integrationsanforderungen, verständigen sich auf ein interkulturell orientiertes Leitbild ihrer Ressorts und legen Ziele zur Neustrukturierung und Instrumente zur Angebotsentwicklung fest. Das entwickelte Verfahren wird dem Auftraggeber und den weiteren Projektbeteiligten abgestimmt.



Die Entwicklung und Durchführung des Coachingverfahrens kann an einen Unterauftragnehmer mit Erfahrungen im Seminar- und Fortbildungsbereich zur interkulturellen Öffnung vergeben werden. Eine Kooperation von zwei Forschungsinstituten mit jeweiligem Erfahrungshintergrund und Kompetenzen ist ebenfalls denkbar.

IV. Begleitung der Aktivitäten der Städte (Juli 2012 bis Dezember 2013)

Aktivitäten der Kommunen zur Sensibilisierung der Stadtgesellschaft für kulturelle Diversität und zur Erhöhung der Integrationsbereitschaft sollen angestoßen und begleitet werden. Darüber hinaus soll der Dialog zwischen den Städten und Landkreisen über die Aufgabenzuordnung im Bereich Integration unterstützt werden.

V. Auswertungsphase/ Ergebnistransfer

Auf Grundlage der Ermittlungen und der Erfahrungen aus dem Coachingverfahren zur interkulturellen Öffnung erarbeitet die Forschungsgruppe Empfehlungen zur Implementierung einer interkulturell ausgerichteten Organisationsentwicklung und zur Verbesserung der Anerkennungskultur in den Kommunen. Darüber hinaus wird der Gesamtprozess mit dem begleitenden Coaching auf seine Übertragbarkeit hin bewertet. Die Ergebnisse und Empfehlungen werden in einem gemeinsamen Netzwerkseminar mit den beteiligten Kommunen und dem Projektbeirat erörtert und abgestimmt. Im Ergebnis soll es ein Handbuch für die kommunalen Akteure mit konkreten Vorschlägen zur Organisationsentwicklung und der Verankerung kommunaler Integrationsstrukturen in den Kommunen geben.

VI. Veranstaltungen

Teilnahme an den Netzwerkseminaren, den öffentlichen Veranstaltungen und bei Bedarf an den Sitzungen des Beirats.

Zeitplan:

1. Netzwerkseminar	Mai 2012
2. Netzwerkseminar	April 2013
Expertenworkshop	September 2013
3. Netzwerkseminar	April 2014
Abschlusskonferenz	Sept./Okt. 2014

Die Abschlusskonferenz liegt zeitlich außerhalb des Auftragszeitraums, es wird jedoch erwartet, dass der Auftragnehmer die Ergebnisse der Untersuchung im Rahmen eines Vortrags vorstellt. Wir bitten dies im Angebot zu berücksichtigen. Die Leistung wird gesondert vergütet (Referentenhonorar).

VII. Berichte

1. Bericht zu Entwicklungspotenzialen (November/Dezember 2012)

Nach Abschluss der Erhebungsphase in den Kommunen und Landkreisen legt die Forschungsgruppe einen Bericht mit den Ergebnissen vor, diese werden im Rahmen eines Netzwerkseminars mit den Städten und Landkreisen sowie den Mitgliedern des Beirats vorgestellt und erörtert.

2. Handbuch zu Anforderungen an ein Seminar- und Fortbildungsprogramm „Interkulturelle Kompetenz für Kommunen im ländlichen Raum“ (Juli/August 2013)



Die erarbeiteten Seminar- und Fortbildungsmodulare und erste Erfahrungen aus dem begleitenden Coaching werden in einem zweiten Bericht zusammengefasst. Dieser soll in Form einer Broschüre veröffentlicht werden.

Die Ergebnisse beider Berichte werden im Rahmen eines Expertenworkshops vorgestellt und erörtert. Der Expertenworkshop wird voraussichtlich im September 2013 stattfinden.

3. Abschlussbericht/ Handbuch (April/Mai 2014)

Abschlussbericht mit Potenzialanalyse und den Empfehlungen zur Organisationsentwicklung und der Verankerung kommunaler Integrationsstrukturen als Handlungsanleitung für die kommunalen Akteure als druckfähige Publikation.

Alle Arbeitsschritte erfolgen in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber (Schader-Stiftung).

2.2 Kostenrahmen des Auftrags

Insgesamt stehen für den Auftrag 165.000 Euro netto zur Verfügung. Der Gesamtbetrag umfasst alle für die Bearbeitung des Projektes anfallenden Kosten einschließlich aller Nebenkosten (z.B. Sachmittel, Reisekosten, Leistungen Dritter) ausschließlich Mehrwertsteuer.

Die Mittel verteilen sich wie folgt auf die Jahre:

2012	= 40 Prozent des Kosten
2013	= 35 Prozent der Kosten
2014	= 25 Prozent der Kosten

2.3 Zeitrahmen

Termin	Maßnahme
Januar 2012	Projektbeginn
12. März 2012	Ablauf Bewerbungsfrist
15. Woche, 4./5. April 2012	Bewerbungsgespräche
Mitte April	Vergabeentscheidung
Ende April	Vertragsabschluss
Mai 2012	Auftragsbeginn
Mai 2014	Auftragsabschluss
Dezember 2014	Projektabschluss

Dem Angebot ist ein differenzierter Maßnahmen- und Zeitplan beizufügen, der die Meilensteine und angestrebten Arbeitsergebnisse aufzeigt.

2.4 Bewertungskriterien

Die Angebote müssen bewertbare Aussagen zu folgenden Kriterien liefern:

- Problem- und Aufgabenverständnis
- Aktuelle fachliche Vorkenntnisse und Vorerfahrungen in ähnlichen Projekten (Referenzen)
- Kenntnisse und Erfahrungen in aktivierenden Untersuchungsansätzen

- Kenntnisse und Erfahrungen in Moderations- und Seminartechniken
- Projektmanagement- und Transferkompetenz
- Methodisches, technisches und organisatorisches Vorgehen
- Organisationsform, Infrastruktur und Personalkapazitäten zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Abwicklung des Auftrags über die gesamte Laufzeit
- Qualifikation des einzusetzenden Personals
- Konkretisierung der Arbeits- und Zeitplanung.

Die schriftlichen Angebote sollten übersichtlich dargestellt sein und nicht mehr als 10 bis 15 Seiten umfassen.

2.5 Ansprechpartner

Bei Fragen zum Vorhaben können Sie sich telefonisch oder per Mail an Frau Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung, Tel. 06151/17 59-14, Emailadresse: kirchhoff@schader-stiftung.de wenden.

Die Angebote sind postalisch zu richten an (Angebote per Mail werden nicht akzeptiert):

Schader-Stiftung
Geschäftsführender Vorstand
Goethestr. 2
64285 Darmstadt

Die Angebote müssen bis zum 12. März 2012 (Bewerbungsfrist) vorliegen.

Darmstadt, den 30. Januar 2012



Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand